



*Die bisherige Vorstandschaft des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) Südbaden wurde einstimmig wiedergewählt. Vrn!:* Christoph Wolk - Vorsitzender des VBE Südbaden, Nadine Possinger - Geschäftsführerin, Gerhard Brand (VBE-Landesvorsitzender BW - Wahlleiter), Meinrad Seebacher (Stellv. Vorsitzender - VBE Südbaden)

## **VBE Südbaden fordert Milliarden-Ausgaben für die Bildung**

Die Delegierten der fünf südbadischen Schulkreise des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) - Offenburg, Freiburg, Lörrach-Waldshut, Konstanz -Tuttlingen und Rottweil-Villingen/Schwenningentrafen sich in Staufen (Markgräflerland) zum bildungspolitischen Austausch, verbunden mit Neuwahlen des Vorstandstrios. Christoph Wolk (Vorsitz), Meinrad Seebacher (Stellv.) und Nadine Possinger (Geschäftsführerin) wurden in Ihren Ämtern bestätigt. Die Tagung durchzog sich mit der Sorge um die Qualität in den Schulen, die im internationalen Vergleich auch deshalb nicht mithalten kann, weil die Politik in den letzten Jahrzehnten versäumt hat, die notwendigen Lehrkräfte einzustellen. Gerhard Brand, der Landesvorsitzende des VBE, gab einen Ausblick auf künftige Entwicklungen, die das Bildungssystem in weitere Bedrängnis bringen werden. Er nannte mehrere Faktoren, um seine Thesen zu untermauern. Immer mehr staatliche Aufgaben sollen durch Lehrkräfte und Erzieher/innen erledigt werden, die aber auf dem Markt aber nicht vorhanden sind. Die Schülerzahlen werden weiter ansteigen und Pensionierungen sowie die work-family-balance (Vereinbarkeit von Familie und Beruf), woraus mehr Teilzeit-Beschäftigungen resultieren, werden die Situation sich weiter anspannen lassen. Das alles wird dazu führen, dass die Belastung der Personen in Kindertagesstätten und Schulen steigt und es dadurch vermehrt zu gesundheitlichen Ausfällen kommt. Der VBE bezweifelt, dass vermehrte Einstellungen von so genannten „Nichterfüllern“ (Unterrichtsleiter/innen ohne erforderliche 2. Staatsprüfung) die Probleme lösen helfen werden, sieht jedoch aber in deren Einsatz einen inzwischen notwendigen Notnagel.

Der Abteilungsleiter des Regierungspräsidiums Abt. 7 (früher Oberschulamt), Thomas Hecht ging bei der Tagung auf die Auflösung des Landesinstituts für Schulentwicklung ein, aus dem zwei weitere Behörden geboren werden sollen, die die Qualität in Schulen voranbringen sollen. Die Delegierten machten allerdings darauf aufmerksam, dass nicht Behörden die Qualität von Unterricht verbessern könnten, sondern die an der Basis tätigen Lehrkräfte. Deshalb wurde auch eine Resolution verabschiedet, die auf der Notwendigkeit vermehrter Milliarden-Ausgaben für die Bildung zielte.

**Resolution** der Erweiterten Vertreterversammlung des VBE Südbaden  
am 13. und 14. Dezember 2017 in Staufen/Breisgau.

---

## Milliardeninvestitionen sind kein Geschenk an Schulen

Im Bundestags-Wahlkampf wurde deutlich, dass Bildung in unserer Gesellschaft künftig einen höheren Stellenwert bekommen wird. Sprachen die einen von „weltbesten Bildung“, so bezifferten andere die notwendigen Investitionen auf einen 12-Milliarden-Betrag. Vor allem aber sind sich die meisten Parteien einig, dass das Kooperationsverbot fallen muss. *(Das Kooperationsverbot verlangt, dass der Bund nicht in die Bildungspolitik der Länder investieren darf).*

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) stellt fest: Jahrelang hat die Politik es versäumt, für jede ihrer Forderungen auch die Gelingensbedingungen bereitzustellen. Das fällt ihr nun nach und nach auf die Füße. Die notwendige Einstellung von Tausenden von Lehrkräften und zusätzliche Milliardeninvestitionen in Räumlichkeiten und Ausstattung sind kein Geschenk an die Schulen sondern bittere Notwendigkeit.

Wenn im Schulbetrieb neue Paradigmen Einzug halten, so sind es die Lehrkräfte, die gefordert sind, diese zielführend umzusetzen. Neue Inhalte erfordern mehr Lehrkräfte. Sie sind dringend notwendig, um die real existierenden Entwicklungsfelder zu bearbeiten. Hier besteht großer Handlungsbedarf für die Länder. Der VBE fordert für jeden Schulkreis eine echte 105 - Prozent-Versorgung und zusätzlich eine echte Lehrerreserve von 6 Prozent. Solange dies nicht erreicht ist, müssen ausgebildete Lehrkräfte rechtzeitig ein Stellenangebot erhalten.

Damit der Bund die Länder unterstützen darf, muss zudem das Kooperationsverbot aufgehoben werden. Das ist unerlässlich, damit die Gleichheit der Bildungschancen, wie sie im Grundgesetz verankert ist, verwirklicht werden kann. Es darf nicht länger vom Wohnort abhängig sein, welche Bildungschancen ein Kind hat. Klar muss aber auch sein: Investitionen sind kein Tauschhandel! Der Bund darf nicht beliebig in die Kulturhoheit der Länder eingreifen. Deshalb unterstützt der VBE die Entscheidungen im Einstimmigkeitsprinzip. Wir erwarten zudem eine klare Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Zuständigkeiten. Die notwendigen Maßnahmen fokussieren insbesondere auf die Schulsanierung und –modernisierung, den Ausbau des Ganztags-Betriebs und der „digitalen Bildung“ sowie der Erhöhung der Kapazitäten für die Lehrerbildung.

Der Anspruch der Gesellschaft ist, dass Schule immer alles regelt, alle mitnimmt, Vorreiter gesellschaftlicher Entwicklung sein soll. Dann aber muss Schule auch entsprechend personell, finanziell und sächlich ausgestattet werden. Wichtig ist zudem, dass bei Schulsanierung und –modernisierung nicht vergessen wird, Innovation zu fördern. Es darf nicht nur darum gehen, instand zu halten! Es geht darum, die Schule der Zukunft baulich zu gestalten. Hierfür müssen unter anderem die verschiedenen Förderungsmöglichkeiten und Töpfe zusammengeführt werden.“

Mit der individuellen Förderung der Kinder, mit Inklusion und Integration, gibt es weitere Baustellen, die zusätzliche Investitionen erfordern. Der VBE stellt unmissverständlich fest: An der **Priorität für Bildung** darf nicht gerüttelt werden.



*Die Delegierten des VBE Südbaden sorgen sich bei ihrer Tagung in Staufen um die Unterrichtsqualität und sehen die Hauptursache dafür in der verfehlten Einstellungspolitik der Landespolitiker in den letzten Jahrzehnten.*



*Der Abteilungsleiter des Bildungsbereichs(Abt. 7) im Regierungspräsidium Freiburg , Thomas Hecht berichtete bei VBE Südbaden über Umstrukturierungen im Bereich der Unterrichtsentwicklung.*